

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Zeile 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 30

Sonnabend den 5. Februar 1921

87. Jahrgang

Derliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Unergründlichkeit und Festerliebe waren der Grundton, auf dem die Jahresversammlung des Wohlthätigkeitsvereins „Sächsische Festschule“, Zweigverein Dippoldiswalde, die am gestrigen Donnerstag in „Stadt Dresden“ tagte, gestimmt war. Ein herzlicher Willkommengruß des Vorsitzenden, Herrn Fabrikbesitzer Arthur Reichel, und warme Dankesworte an die Gesamtvorstandsmitglieder für ihre Mitarbeit leiteten aber zu dem schwungvollen, mit dem Herzen verfaßten Jahresbericht des Schriftführers, Herrn Arthur Zimmermann. Er stellte zunächst die allgemeine Lage und berichtete sodann ausführlich über die Vorkommnisse im vergangenen Vereinsjahre. Ein überaus herzlicher Nachruf wurde dem nach einem arbeitsreichen Leben am 21. November verstorbenen Herrn Wilhelm Hornuß, der über 28 Jahre dem Gesamtvorstand ein wackerer Kämpfer war, gewidmet. Die Versammelten erhoben sich zum ehrenden Gedächtnis von den Vätern. Dem Zweigverein Dippoldiswalde, dessen Mitgliederzahl von 274 auf 359 stieg, gehörten Ende 1920 an: 2 Bundes-Ehrenmitglieder, 10 Ehren-Obersechsmänner, 1 Verband-Ehrenmitglied, 1 Obersechsmann und ein Sechsmann. In 1 Hauptversammlung und 6 Vorstandssitzungen wurden die Interessen des Vereins wahrgenommen. Der Bundeshauptversammlung in Meißen wohnte Herr Arthur Zimmermann bei. Die umfangreiche Beratung der Geschäftsordnung, der Satzungsänderungen, des weiteren Ausbaus der „Sächsischen Festschule“, der Ernennung von Bundes-Ehrenmitgliedern, u. a. des Herrn Karl Straßberger hier, waren wichtige Verhandlungsgegenstände jener Bundesversammlung. Im Berichtsjahre des Zweigvereins konnten infolge langjähriger, erprobter Tätigkeit zu Ehren-Obersechsmann ernannt werden die Herren Walter Freyhof, Moritz Reichel, Alfred Weißbach und Arthur Zimmermann in Dippoldiswalde sowie Ernst Göhler in Reichstädt. Die am 22. Februar veranstaltete Warenlotterie brachte einen Ueberschuß von 450 M., die Omnibus-Gesellschaftsreise nach dem Müdenbüschen am 15. August einen solchen von 52 M. Am 2. März des Jahres des Landesvorstandes für die Lotterien zur Errichtung von Kinderheimen, die 125 000 M. Ueberschuß ergab, war der hiesige Zweigverein ebenfalls beteiligt. 152 M. freiwillige Spenden konnten gebucht werden. 52 arme und Kollidende wurden mit 850 M. unterstützt. Der von Herrn Karl Straßberger vorgelegte Kassendruck verzeichnete 1316 M. 39 Pf. Einnahmen, 1176 M. 5 Pf. Ausgabe, 140 M. 34 Pf. Bestand und 1643 M. Gesamtvermögen. Die geprüft vorliegende Jahresrechnung wird richtig gesprochen. Dem Schriftführer sowohl als auch dem Kassierer sprach die Versammlung wohlverdienten Dank aus. Die ausstehenden Mitglieder wählte man einstimmig wieder, an Stelle des Herrn Wilhelm Hornuß Herrn Oswald Kammer. Den Herren Hans Teichert und Willy Bentel wurde die Prüfung der Jahresrechnung 1921 übertragen. Unter Verschleudern nahmen die Anwesenden von der genehmigten, am 13. März d. J. stattfindenden Warenverkauf (1. Gewinn eine Nähmaschine, 2. Gewinn ein Kleiderkasten) Kenntnis. Beim Landesvorstand will man dahin vorstellig werden, daß von den zu erziehenden Kindererholungsheimen eines in Dippoldiswalde gebaut wird. In die hiesigen Worte des vom stellvertretenden Vorsitzenden Herrn A. Reichel zum Ausdruck gebrachten Dankes für die umsichtige und segensreiche Leitung des Werkes, das nur den Armen und Kollidenden gilt, stimmten die Versammlungs-Teilnehmer freudig ein.

Schmiedeberg. In der am 2. Februar stattgefundenen Monatsversammlung des Vereins für National-Geographie wurde der Bericht über den günstigen Stand unseres Schüler-Larjes entgegengenommen. Des weiteren wurde Kenntnis gegeben, daß zwei Mitglieder, Fräulein Dora Köhler und Herr Max Feinze, das Bundesdiplom erhielten. Sie haben innerhalb eines Jahres das System erlernt und dies durch umfangreiche Praktikantenarbeiten in Buchform zum Ausdruck gebracht. Es wurde beschlossen, nochmals einen Anfänger-Kursus voraussichtlich Anfang März beginnen zu lassen.

Kittberg. Nachdem reichlich Neuschnee gefallen ist und die Witterungsbedingungen für kommenden Sonntag sehr gut sind, findet der vorigen Sonntag ausgefallene Wettkampf voraussichtlich nächsten Sonntag den 6. Februar statt.

Rassau. Die hiesige Kollerei ging durch Kauf in anderen Besitz über. Der neue Besitzer beabsichtigt die Kollerei am 1. März wieder zu eröffnen.

Dresden, 3. Februar. Der Landtag nahm heute einstimmig den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Tagelöhner der Abgeordneten von 900 auf 1500 Mark monatlich an. — Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung ein An-

trag der Kommunisten, von der Reichsregierung zu fordern, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland sofort in vollem Umfange aufgenommen werden. Abg. Zipsel (Kommunist): Es ist heute kein Zweifel, daß die Abgeordneten gestern bei der Protestkundgebung aufgestanden sind. Präsident Brüning: Die Bemerkung des Abgeordneten Zipsel ist eine Angehörigkeit Kommunisten. Man dürfe doch auch von den Kommunisten parlamentarischen Anstand erwarten. Abg. Zipsel (Kommunist) begründet nach diesem Zwischenfall den kommunistischen Antrag. Die bürgerlichen Abgeordneten verlassen während seiner Begründung den Saal, ebenso ein Teil der Mehrheitssozialisten. Als der Redner nach fünfminütigen Ausführungen über Ungarn zu sprechen anfing und trotz der Ermahnungen des Präsidenten weiter fortfährt, läßt der Präsident eine Heulstrome ertönen, die jedes weitere Wort unmöglich macht. Während dann die Kommunisten gegen die Rednertribüne vorstürmen und die öffentlichen Tribünen johlen, wird dem Redner auf Befehl der Kammer das Wort entzogen. (Minutenlanges Lärm bei den Kommunisten und auf den Tribünen.) Abg. Behle (Soz.) geht nach Wiedereintritt der Ruhe auf die Ausführungen seiner Vorgesetzten ein und gibt eine Neuherstellung des Sowjetrußlands Kopp wieder, wonach Rußland auch in sechs oder sieben Jahren noch nicht in der Lage sei, irgend etwas an Deutschland zu liefern. Die sächsische Regierung kann von sich aus nichts anderes tun, als die Reichsregierung in ihren Bemühungen unterstützen, mit Rußland in wirtschaftliche Beziehungen zu treten. — Nach längerer Debatte wird dann der Antrag gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen.

Garnisonorte im Wehrkreis IV. Nachdem die Reichswehr auf 100 000 Mann verringert worden ist, hat auch eine neue Einteilung der Garnisonorte im Wehrkreis IV stattfinden müssen. Garnisonorte sind nunmehr Dresden, Bautzen, Freiberg, Meißen, Riesa, Leipzig, Glauchau, Adnigsdorf, Torgau, Halberstadt, Magdeburg, Dessau, Zerbst, Quedlinburg, Breslau, Landsberg a. B. Die Neuabteilung der Orte mit Militär ist bereits durchgeführt. Als Truppenabgabestellen bleiben nur Adnigsdorf und Altenbradow bestehen. In Zerbst ist nur noch ein Divisions-Zugamt. Auf der Festung Adnigsdorf befindet sich ein Soldatengemeinschaftsheim und eine Wachkompanie.

Beim Bauernball im sächsischen Ausstellungspalast war eine derartige Uebersättigung, daß die Kellner weder Speisen und Getränke aufzutragen vermochten. Es ist deshalb auch begreiflich, daß die Kunst der Spitzbuben gute Geschäfte gemacht hat. Nicht weniger als 7 Peize und Ueberschieber, Damenmäntel, kostbares Frauenpelzwerk u. dergl. sind gestohlen worden.

Barnitz bei Rüdgers. Eine besondere Freude bereitet Herr Rittergutbesitzer Dehmichen hier der von ihm angenommenen Frau v. v. Jacob, die vor etwa 40 Jahren bei seinen Eltern auf Rittergut Berrensdorf bei Dippoldiswalde als Kinder-Studie auch seine Pflegerin gewesen war, dadurch, daß er aus Anlaß ihres jüngst vollendeten 90. Lebensjahres die Verwandten der hochbetagten Frau zu dieser Feier eingeladen hatte. Rittergutbesitzer Dehmichen hat die Frau vor etwa 12 Jahren zu sich genommen, um ihren Lebensabend sorgenfrei zu gestalten. Ihre Verwandten hatte er unverhofft eingeladen und am Tage des Festes von der Bahnstation Görna mit Gefährt abholen lassen. Groß war natürlich die Freude sowohl bei dem hochbetagten Geburtstagskind als deren Verwandten über das unverhoffte Wiedersehen, nicht minder aber der Dank derselben gegenüber dem wohlwollenden Veranstalter, der zudem auch sonst noch für eine würdige und besondere Feier des Tages gesorgt hatte. Dankbarkeit des Gastgeber gegenüber der Frau, deren Schicksal so lange mit dem der Familie Dehmichen verbunden ist, dürfte die Veranlassung zu der Veranstaltung gewesen sein.

Annaberg. Am 1. Februar trat hier die Fremdensteuer in Kraft. Sie beträgt eine Mark für jede Uebernachtung.

St. Egidien. Ende November brann die Scheune des Gutsbesizers Dörfeld nieder, wobei große Erntevorräte mit vernichtet wurden. Der Brandstifter ist jetzt in einem 21-jährigen landwirtschaftlichen Arbeiter ermittelt worden. Er wurde verhaftet und an das Amtsgericht Chemnitz abgeführt.

Rixberg. Die französische Fremdenlegation streift ihre verdrängenden Fingernägel bis in das Erzgebirge aus. So ist dieser Tage auf der Straßenbahn, die von Wilkau nach Zwickau fährt, ein Mann an einen Rixberger Bediensteten herangetreten und hat nach Anknüpfung eines Gesprächs

den Dienst in der Fremdenlegation in den verlockenden Farben gemalt. Schließlich gelang es dem Arbeiter — denn nur um einen solchen kann es sich handeln — den Bediensteten zum Eintritt in die Legion zu überreden. Dem jungen Manne wurde das Versprechen abgenommen, am vergangenen Sonntag auf dem Zwickauer Hauptmarkt zur Abfahrt zu erscheinen. Der Bedienstete hat sich aber die Sache glücklicherweise anders überlegt und sich nicht gefügt. Der Vorfall zeigt, wie groß die Gefahr für junge, unwillende Leute ist, in die Fremdenlegion verschleppt zu werden.

Penig. Von einer Schluden-Epidemie konnte hier in den letzten Tagen gesprochen werden, da viele Personen anhaltend tagelang mit Schluden belästigt waren. Es ist dabei wahrgenommen worden, daß in den Fällen, wo zur Verminderung des anhaltenden Schludens viel Flüssigkeit genossen wurde, eher Verhinderung anstatt Milderung des Übels auftrat.

Crimmitschau. Eine unverhoffte Freude wurde der Familie eines in der Glauchauer Chaussee wohnhaften erwerbslosen Handarbeiters, der jetzt das Weiden erlernt, zuteil. Als das kleine, 9 Jahre alte Söhnchen der Familie sich auf dem Heimwege von der Schule befand, machte sich ihm ein Unbekannter, der den Kleinen unter Hinweis auf dessen schlechte Schuhe fragte, ob er noch bessere Schuhe zu Hause habe. Da dies verneint wurde und der Fremde noch weiterem Ausfragen erfuhr, daß sich die Eltern des Kleinen in sehr bedürftigen Verhältnissen befinden, nahm er den Knaben mit in ein Schuhwarengeschäft in der Ritterstraße und kaufte ihm dort ein Paar der besten Schuhe zum Preise von 130 M. Nach Verlassen des Ladens erfuhr die Mutter die edle Spende von dem durch das unverhoffte Geschenk freudig Ueberraschten, ohne seinen Namen genannt zu haben.

Bugau. In einer Betriebsrat-Konferenz des Kohlenreviers Bugau-Debnitz wurde bekanntgegeben, daß zum 31. Januar sämtliche Kohlarbeiter im Bergbau gekündigt wurden. Die Kündigung erstreckt sich auf alle Bezirke in Deutschland.

Plauen i. B. Der Hamster, und zwar der richtige, vierbeinige, nicht der seit den Zeiten der Aragonier mehr und mehr in Erscheinung getretene und jetzt wohl langsam wieder aussterbende Hamster, sieht sich in bemerkenswerter Weise in unser Bergland vor, wo man ihn bisher noch nicht kannte, während er z. B. im Gebiete der Saale und Unstrut längst zur Landplage geworden ist. Neuerdings sind die unterirdischen Bauten der gefährlichen Rager schon auf Friedberger Flur, dicht an der Stryauer Grenze, gefunden worden. Geht das so weiter, dann bekommen wir auch noch in Plauen Hamster zu sehen, was bisher in der sächsischen Markung nicht der Fall war.

Baugen. Ein Eisenbahnunfall trug sich am Montagabend in der Nähe von Großpostwitz zu. Der von Camsdorf kommende Zug erlitt auf der Straßenkreuzung des Gehlitz des Badermeisters Dulschmann aus Rodewitz und tödelt die beiden Pferde. Der Ausfahrer blieb unverletzt.

Wegen Einverleibung der Vorstadt Seidau mit der Stadt Baugen schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Amtshauptmannschaft und der Stadtgemeinde. Der Bezirk fordert von der Stadt eine einmalige Abfindungssumme von 25 000 M. für entgehende Langsteuer, deren Zahlung aber die Stadt abgelehnt hat, da sie nach der Eingemeindung zu hohen Kosten verpflichtet wäre, wie Straßenherstellung, Ausbau der Schulhäuser u. a. m., was mit einer halben Million Mark Kosten veranschlagt wird. Andererseits ist Seidau selbst keine arme Gemeinde; sie würde der Stadt außer Geldmitteln eine Menge fast schuldensreier Grundstücke und über 41 Hektar Landbesitz mitbringen, wovon 12 Hektar Bauland sind. Der Stadtrat hat zu verstehen gegeben, daß er im Falle einer Einverleibung der Orte Raitzsch und Eilebich mit der Stadt auch Seidau mit einverleiben würde, doch will der Bezirk für diesen Fall die Entschädigungssumme bedeutend erhöhen. Seidau zählt 3300 Einwohner.

Sohlau a. N. Die vom Neumonteamt angelegten Pferdeversteigerungen am 27. und 28. Januar waren wieder von vielen Anküftigen besucht. Bei der Versteigerung in Remitz hatten die gezahlten Preise einen Durchschnitt von 8000 M., in Nieder-Bischdorf einen Durchschnitt von 9000 M., für junge Pferde wurden wesentlich höhere Preise bezahlt z. B. am zweiten Versteigerungstage bis 22 500 M.

Hof bei Einsiedel. Der Gutsbesitzer Edemann wurde Dienstag früh erbrochen in seiner Wohnung aufgefunden. Da er keine Familienangehörigen bei sich hatte, konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Raubmord oder Raubmord vorliegt.

Französische Drohungen.

Das Rheinland als französisches Zollgebiet?

In ihrer unstilligen Hoffnung auf den deutschen Milliardenfug hatte die französische Regierung in ihren Etat nicht weniger als 16 Milliarden Franken zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, zur Zahlung der Hinterbliebenenrenten und zur Tilgung der Kriegsschulden eingestellt, deren Deckung sie durch die deutschen Reparationskosten erhalten zu können glaubte. Nun muß die Pariser Presse ganz betrübt feststellen, daß Frankreich nach der neuen Uebereinkunft eine bedeutend niedrigere Summe erhalten wird, als die 16 Milliarden, die sein Budget erfordert. Dazu kommt noch, daß die Alliierten dem kleinen Belgien ein Vorkaufsrecht auf die ersten deutschen Milliardenzahlungen zugesprochen haben.

Wie Frankreich seine Schulden tilgen will.

In Frankreich hat man sich infolgedessen nach anderen „Goldquellen“ umsehen müssen. In der Kammer ist bereits ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der beantragt, die deutsche Schuld durch Ausgabe von Bankobligationen im Betrage von 150 Milliarden Franken, welche durch die Schuld sichergestellt werden, in Frankreich zu mobilisieren. Diese Bankobligationen sollen nach Maßgabe der Abzahlungen der Schuld zurückgezogen werden.

Der Pariser „Temps“ schlägt noch einen zweiten Ausweg vor. Man müsse schon von diesem Jahre an einen Teil der Summen, die in den nächsten Jahren zahlbar seien, stiftlich machen, mit anderen Worten, man müsse eine Serie ausländischer Anleihen vorbereiten, die als Sicherheit die von Deutschland verlangten Zahlungen hätten, und die dem französischen Staat in Voraus das Geld verschaffen, das er nötig habe. Um aber auf die deutschen Jahreszahlungen Geld zu leihen, müßten nach Ansicht des oben genannten Blattes in erster Linie die eventuellen Geldleihen die Aussicht haben, daß sie pünktlich ihre Zinsen und ihre Amortisierung bekämen. Der Ton der deutschen Presse beweise nicht, daß die deutsche Regierung geneigt sei, freiwillig zu bezahlen. Das deutsche Budget beweise nicht mehr, daß Deutschland fähig sei oder wünsche, seine Finanzen zu reorganisieren. Man komme deshalb dazu,

den Zwang ins Auge zu fassen.

Das Blatt verlangt, daß nunmehr die Alliierten unerbittlich die Verwaltung der deutschen Zölle in der besetzten Rheinzone in die Hand nehmen, zweitens, daß die alliierten Regierungen sofort eine Zollgrenze am Rhein aufrichten, die das besetzte vom unbesetzten Gebiete trenne, und drittens, daß die alliierten Regierungen sich miteinander besprechen müßten, um einen neuen Zolltarif auszuarbeiten, der im besetzten Gebiet angewandt werden soll. Jetzt soll man handeln, man habe genug geredet.

Gegen den Pariser Wahnsinn.

Einmütiger Protest im ganzen Reich.

Im ganzen deutschen Vaterlande finden Protestkundgebungen gegen die wahnwitzigen Forderungen der Ententegegner statt. Sämtliche Parlamente aller die berufenen Vertretungen des deutschen Volkes verurteilen einmütig das Ansehen der Pariser Konferenz und sind völlig einig mit der Reichsregierung, daß die uns zugeworfenen Zahlungsbedingungen keine Grundlage zu Verhandlungen und zur Verständigung bilden können. Schon die teilweise Erfüllung dieses Diktats müßte an der finanziellen und wirtschaftlichen Ohnmacht Deutschlands scheitern.

Ganz besonders hart würde Sachsen von dem Pariser Diktat getroffen werden. Die Industrie und die Arbeiterchaft sind mehr als die anderen Länder auf die Ausfuhr angewiesen. Die hohen Ausfuhrzölle würden die Ausfuhrindustrie völlig stilllegen und die herrschende Arbeitslosigkeit noch vermehren. Der sächsische Landtag sprach daher den schärfsten Protest gegen diese Maßnahme aus.

Auch die rheinischen Sonderbündler protestieren.

Die Pariser Entschädigungsvorschläge haben auch die rheinischen Sonderbündler den Anschluß an die deutsche Einheitsfront finden lassen. Die Christliche Volkspartei und die Rheinische Volksvereinigung erklären in einem gemeinsamen Aufruf, daß sie es bisher als ihre Aufgabe betrachtet hätten, im Westen Deutschlands eine Brücke zur Völkerverständigung anzubahnen, die das ganze Deutschland und seine ehemaligen Gegner wieder vereinigen sollte. Diese Bemühungen seien durch das Verhalten Frankreichs und die Beschlüsse der Pariser Konferenz endgültig vernichtet worden. Jetzt könne es für alle deutschen Völkerräume nur noch eine Lösung geben:

fort mit allem inneren Zwist.

Stärkung der Reichsregierung, hinter der das gesamte deutsche Volk geschlossen stehen muß. Aus diesen Erwägungen heraus erklären die beiden Parteien den jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf mit der Parole „Los von Preußen“ hiermit einzustellen, ohne damit irgendwie ihren Standpunkt in der rheinischen Frage aufzugeben. Die bereits eingereichten Wahllisten werden zurückgezogen.

Eine Erklärung der christlichen Arbeiter.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der die christlichen nationalen Gewerkschaften umfaßt, hat zu den Pariser Beschlüssen Stellung genommen, auf die es nur eine Antwort: nein! gäbe. Durch die Beschlüsse würde ein Kulturvolk zu einem afrikanischen oder asiatischen Vasallenland herabgedrückt und jede wirtschaftliche Lebensmöglichkeit in die Hände der Entente gegeben. Die Gewerkschaften versprechen, die Regierung in ihrem schweren Abwehrkampf nachhaltig zu unterstützen, und fordern ihre Organisationen auf, in dieser höchsten Not Schicksalsfragen der Nation endlich aber alle inneren Gegensätze zu stellen.

Rheinische Erklärungen haben auch die Hamburger Bürgerschaft und die Zentrumsvorstände im Rheinland sowie viele andere Korporationen gesagt. Der bayerische Ministerrat beschloß, daß vom 3. Februar ab alle Aufbarkeiten eingestellt werden.

Der heilige Wahnsinn.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Express“

hatte Unterredungen mit führenden deutschen Persönlichkeiten, die ihm übereinstimmend sagten, daß das Diktat von Paris unannehmbar sei. Finanzminister Wirth erklärte, er stimme mit Simons vollkommen überein. Es könne nur eine Antwort geben, und die muß lauten: „Nein!“ Baron Kersner, der frühere Führer der deutschen Friedensdelegation, erklärte, die Bedingungen der Verbündeten seien der hellste Wahnsinn. Auch Stinnes und andere führende Industrielle seiner Partei seien seiner Ansicht.

Polnische Wirtschaft.

Der wirtschaftliche Niedergang in Deutsch-Polen.

Die wirtschaftliche Lage in der abgetretenen ehemals deutschen Ostmark hat sich in den letzten Monaten weiterhin so verschlechtert, daß allgemein das Gefühl vorherrscht, man treibe einer Katastrophe entgegen. Der schlechte Stand der Valuta, die dadurch bedingte Unmöglichkeit eines nennenswerten Importes, der schlechte Ausfall der letzten Ernte und Befürchtungen für die nächste, zu welchen der Stand der Saatensveranlassung gibt, haben weitere scharfe Preissteigerungen in fast sämtlichen Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeigeführt, zumal in den meisten in Betracht kommenden Waren eine eigene Fabrikation im Inlande nicht betrieben wird.

Man kann im allgemeinen eine Preissteigerung in den letzten zwei bis drei Monaten von hundert bis dreihundert Prozent annehmen, und es ist die Verteuerung der Lebenshaltung im Laufe des Jahres 1920 auf das mindestens Achtfache zu veranschlagen. Wenn auch Löhne und Gehälter wiederum stark in die Höhe gesetzt worden sind — der ungelernete Arbeiter hat heute ein Tagesverdienst von 150—170 Mark, also ein Jahreseinkommen von 45—50 000 Mark — so genügen die Lohnsteigerungen doch nicht, um die Verteuerung des Lebensunterhaltes auszugleichen, und es herrscht daher unter den Arbeitern eine große Unzufriedenheit.

Die Wohnungsnot ist eine ungeheure und es wird jeder zulässige Preis gezahlt. Seit dem 1. Januar dürfen die Mieten unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen und unter Annullierung der laufenden Mietverträge für Wohnungen um 100 bis 150 Prozent, für Läden und gewerbliche Räume um 200 bis 300 Prozent gegenüber den Mieten von 1914 gesetzt werden, wobei überdies die Mieter die Kosten der Heizung und den größten Teil der sonstigen Hauskosten zu tragen haben.

Besonders drückend wird auch die Verteuerung der Verkehrsmittel empfunden. Der Tarif der Posener Straßenbahn beträgt für die einfache Fahrt 3 Mark, gegenüber 40 Pfennig vor etwa einem Jahre. Die Tarife der Eisenbahn sind vor einigen Monaten um hundert Prozent erhöht worden, und es beträgt der Kilometerpreis für gewöhnliche Züge — Schnellzüge verkehren so gut wie gar nicht — in der zweiten Wagenklasse 1,20 Mark und in der dritten 0,80 Mark. Es ist klar, daß diese unerbildlich hohen Fahrkosten selbst für die kürzeste Reise nach Deutschland am härtesten die Deutschen in den abgetretenen Gebieten treffen, da diese mit ihren persönlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Beziehungen am meisten auf den Verkehr mit Deutschland angewiesen sind.

Verzögerungen sind selbst auf den Hauptstrecken die Regel und solche von drei bis vier Stunden kein Ausnahmefall. Die Wagen sind in einem ganz schlechten Zustande, selbst auf der Strecke Posen—Dentschen, an welcher noch das beste Material eingestellt wird, ist kaum ein Wagen zu finden, an dem alle Fenster intakt sind.

Seit dem 15. Dezember ist auch der Posttarif bedeutend erhöht worden, was insbesondere für den geschäftlichen Verkehr eine weitere Erschwerung und Verteuerung bedeutet. So kosten im Inlandsverkehr: gewöhnliche Briefe bis 20 Gr. 3.— Mark, über 20 Gramm 5 Mark, Postkarten 2 Mark, Pakete bis zu 1 Kgr. 10.— Mark, bis 5 Kgr. 15.— Mark. Telegramme: Grundtarge 6.— Mark und für jedes Wort 1,50 Mark.

Im Auslandsverkehr (auch mit Deutschland) kosten: gewöhnliche Briefe bis 20 Gr. 10.— Mark, für jede weiteren 20 Gr. 6.— Mark, Postkarten 4.— Mark, Telegramme (nach Deutschland) pro Wort 3.— Mark.

Ueber die Lage in einzelnen Geschäftszweigen ist folgendes zu sagen:

Die Preise für Lebensmittel steigen ununterbrochen. Die Ernte vor allem in Brotgetreide bleibt weit hinter den Erwartungen und hinter des Bedürfnisses des Landes zurück. Die Vorkerkungen erfolgen sehr spärlich, das gleiche gilt von Kartoffeln für welche ein Höchstpreis von 94 Mark für 100 Kgr festgesetzt ist. Im übrigen betragen die Höchstpreise für Roggen, Hafer, Gerste 550 Mark pro 100 Kgr. für Weizen 600 Mark. Es betragen die Preise für Brot 5,50 Mark das Pfund, Milch 8 Mark pro Liter, Fleisch 48—50 Mark das Pfund, Speck 60—65 Mark das Pfund, Butter 100 Mark das Pfund, Eier 154 Mark für die Mandel, Zucker 50—60 Mark für das Pfund. Der billigste Weißwein, soweit solcher überhaupt noch zu haben ist, kostet 100 Mark.

Eine Zigarre, billige greifbare Sorte, kostet 8 Mark, eine Zigarette 1,80 Mark das Stück. Ein normales Anzug stellt sich gegenwärtig auf 8—9000 Mark. Schuhkosten 2500—3000 Mark.

Die Preise für Schreibmaterialien sind im Verhältnis der Verschlechterung der Valuta gestiegen. Es kostet jetzt ein Bleistift besserer Qualität z. B. 12—14 Mark, eine Schreibfeder je nach Güte 1,20 bis 2.— Mark für einen Abreißkalender zahlt man 50 Mark und darüber. Einfaches Briefpapier kostet 1,50 bis 2 Mark pro Bogen, ein Briefumschlag 0,50 bis 1 Mark.

Kohle auf Bezugsschein, nur ein Zentner für den Haushalt und Monat kostet 90 Mark, sonst wird für Kohle im Schleichhandel bis 200 Mark für den Zentner gezahlt. Gasofen kostet 150 Mark pro Zentner, Ton 70 Mark pro Zentner, Brennholz 500—600 Mark für den Raummeter. Alle Preise ab Lager des Kleinhandlers. Die Anfuhr bis zu 10 Zentner 15 Mark, bei größeren Quantitäten 12 Mark pro Zentner.

Die Preise in Kolonialwaren haben infolge der stetig sinkenden Valuta eine bedeutende Erhöhung erfahren. Man zahlt jetzt im Kleinhandel für Rob

kasse 100 Mark pro Pfund, Tee 120 Mark, Kaffee 90—100 Mark pro Pfund. Schokolade kostet 400 Gr. Packung (poln.) 30 Mark, Salz 6 Mark pro Pfund, Seife 40—50 Mark für 400 Gr., Streichhölzer 2,5 bis 3.— Mark für die Schachtel.

Die Preise für Gas, elektrischen Strom und Wasser betragen 6 Mark für den Kubikmeter Gas, 15 Mark für die Kilowattstunde elektrischen Strom 4 Mark für den Kubikmeter Wasser, doch ist mit einer weiteren Erhöhung in nächster Zeit zu rechnen. Hier zu kommt, daß die Aufwendungen auch für die kleinsten Reparaturen ins Ungemessene gestiegen sind. Beispielsweise stellt sich bei der elektrischen Beleuchtung der Preis für eine einfache durchgebrannte Sicherung auf etwa 25 Mark und für eine Glühlampe von 1 bzw. 25 Kerzen auf 90—120 Mark.

Für die Entlohnung für Dienstleistungen sind zuverlässige Angaben nicht möglich, weil willkürlich die verschiedensten Preise gefordert werden und beiläufig werden müssen. Als Anhalt zur Beurteilung für die Höhe derartiger Entlohnungen möge dienen, daß in den Friseurgeschäften für Rasieren 10—15 Mark für Haarschneiden 25—30 Mark bezahlt werden.

Ein abschreckendes Beispiel für Oberschlesien.

Bismarcks Entlassung.

Aus dem III. Band der „Gedanken und Erinnerungen“

Der Vergleichsversuch für die Veröffentlichung des dritten Bismarckbandes ist trotz des größten Entgegenkommens des Cotta-Verlages vollständig gescheitert. Der Vertreter des früheren Kaisers erklärte, aus grundsätzlichen Bedenken nicht auf den Vergleich eingehen zu können. Die deutsche Öffentlichkeit ist infolgedessen auf die Mitteilungen der Auslandspresse angewiesen, die seit kurzem große Auszüge aus dem Bismarckband erschienen läßt.

Sehr ausführlich schildert Fürst Bismarck die Geschichte seiner Entlassung. Nach seiner Darstellung ließ er am 1. März 1890 fragen, ob er an diesem oder dem folgenden Tage eine bringende Audienz erhalten könne. Er bekam aber keine Antwort. Er wollte dem Kaiser Bericht über eine Unterredung erstatten, die er am 12. Februar mit Bindehorst über gewisse aus Rußland erhaltene Mitteilungen hatte. Am 5. März, 9 Uhr morgens, wurde Bismarck geweckt durch die Mitteilung des Kaisers, daß er um 1/10 Uhr im Büro für Auswärtige Angelegenheiten Bericht erstatten sollte.

Der Kanzler teilte nun mit, Bindehorst habe ihm aus eigener Initiative einen Bericht gemacht. Hier folgte das bereits bekannte Gespräch, in dem der Kaiser erklärte, daß Bismarck ihn um Rat hätte fragen sollen. Der Kaiser befragte sich dann darüber, daß er gar keine mündlichen Berichte von seinen Ministern bekomme. Man habe ihm erklärt, daß Bismarck ihnen verboten habe, dem Kaiser ohne seine (Bismarcks) Zustimmung und Billigung derartige Berichte zu erstatten. Bismarck berief sich auf die eine Verordnung aus dem Jahre 1852, wonach bei wichtigen prinzipiellen neuen Vorschlägen der Ministerpräsident unterrichtet wurde, bevor man eine Entscheidung des Kaisers herbeizuführen suchte, da sonst der Ministerpräsident selbst die allgemeine Verantwortung nicht tragen könne. Der Kaiser verlangte darauf die Einziehung der Verordnung.

Bismarck sagte darauf noch nicht sofort den Beschluß zu demissionieren. Im Gegenteil, er wollte den Befehl sozusagen „einsalzen“ und abwarten, ob der Kaiser an die Einziehung der Verordnung erinnern würde. Am nächsten Tage erschien General v. Sahnke, der Chef des Militärkabinetts, und sprach mit Bismarck über den Wunsch des Kaisers, daß die betreffende Verordnung eingezogen werden sollte. Bismarck erklärte darauf, daß dies aus sachlichen Gründen unmöglich wäre. Am nächsten Morgen, dem 17. März, erschien Sahnke abermals, um „zu seinem Bedauern“ Bismarck mitzuteilen, daß der Kaiser auf Einziehung der Verordnung bestehen bleibe und daß er nach dem Bericht den Sahnke ihm über seine Unterredung mit Bismarck erstattete,

erwarte, daß Bismarck sofort seine Demission einreichen würde.

Bismarck wurde im Laufe des Nachmittags im Palais erwartet, um seine Demission einzureichen. Bismarck antwortete, er sei dafür nicht jung genug und würde schreiben.

Der Kanzler sprach dann mit seinem Vertreter Minister von Bütticher, der ihn fragte, ob Bismarck nicht geneigt wäre, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten zu behalten. Der Finanzminister schloß sich Bütticher an. Sollte man keinen Ausweg finden, dann würde das Staatsministerium zu unteruchen haben, ob es sich Bismarcks Entschluß anschließen sollte. Es kam aber zu keiner Stellungnahme des Kabinetts. Nach dem Essen erschien Tucanus, der Chef des Zivilkabinetts, der zögernd erklärte, dem Befehl des Kaisers zufolge fragen zu müssen, weshalb das verlangte Demissionsgesuch noch nicht eingetroffen wäre.

Dann folgt die bekannte Beschreibung der Art in der Bismarck seine Demission einreichte. Er erzählte weiter, wie am Abend des 18. März die kommandierenden Generale ins Palais des Kaisers befohlen worden wären. Der Kaiser hielt nur eine Ansprache, in der er, wie Bismarck von zuverlässiger Seite erzählt wurde, mittelste, daß er sich gezwungen sehe, Bismarck zu entlassen. Beim U. des Generalstabs, Grafen Waldersee, sollten Klagen über Bismarcks „Eigenmächtigkeit und Hinterhältigkeit“ im Verkehr mit Rußland eingegangen sein. Keiner der Generale antwortete auf die kaiserliche Verurteilung. Auf der Treppe sagte nachher Graf Waldersee: „Dies ist ein bedauerndes Mißgeschick.“

Der junge Mann wird uns noch vor viele Rätsel stellen.“

Nachdem Bismarck seine Demission erhalten hatte, wurde er vom Grafen Wedel besucht. Dieser verlangte, Bismarck sollte seinen Einfluß dahin geltend machen, daß sein Sohn Graf Herbert, damals Staatssekretär des Auswärtigen, nicht seinem Beispiel folge. Bismarck antwortete darauf aber nur kurz: „Nein“

ist majoren." Am 20. März nachmittags brachte von ...

Politische Rundschau.

Berlin, den 4. Februar 1921. Der Steueraussschuß des Reichstages hat seine ...

Das Reichsgericht hat gegen vier von der ...

In Magdeburg wurde der Führer der dortigen ...

Einberufung einer bundesstaatlichen Konferenz ...

Die deutschen Gegenentwürfe, die Deutschland in Rom ...

Die Verschiebung der Brüsseler Konferenz. Die Ein- ...

Vergleiche Proteste im besetzten Gebiet. Der ...

Keine Neuregelung der deutschen Kohlenliefer- ...

Zwei neue deutsche Kardinele. Der Erzbischof ...

Wiederannahme der Ausgleichsverhandlungen. ...

Die Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen ...

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die ...

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die ...

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die ...

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die ...

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die ...

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die ...

weil die ...

Der Vertrag von Rapallo ist durch den ...

Kardinal Ferrari von Mailand ist im Alter von ...

Der Kosakenhauptmann Eennenoff ist mit einem ...

Wilson hat das Theater besucht. Er zeigte sich ...

Österreich: Verbot des Ausflugsabstimmung in Tirol. ...

Die vom Tiroler Landtag beschlossene ...

Troch aller künstlichen Verhinderung der ...

Italien: Die Pariser Beschlüsse — ein Meisterstück ...

In Deutschland hat es sehr enttäuscht, daß auch ...

Die erste Hinrichtung unter den englischen ...

Amerika: Zehn Millionen Dollar für Milch bewilligt. ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

Wie aus New York gemeldet wird, bewilligte die ...

widert ist, ist jetzt abgeschlossen. Opto und ...

Neben 100 Tieren und Schafe verbrannt. ...

Schreckstat einer Bergmanns-Frau. Die Ehe- ...

Aus der Todesnot gerettet. Nach ...

Volkswirtschaftliches. Berlin, 3. Februar. ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Die Angelegenheit über die weitere ...

Kirchen-Nachrichten.

Samstag 18. Februar 1921.
 Text: 18, 31-43. — Lied: 305.
 Kollekte für die kirchliche Jugendpflege.
Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Kirche: Pastor Rosen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Rosen. 11 Uhr Abendgottesdienst (1. Abkündigung) im Festsaal der Firma S. J. Reichel: Pastor Rosen.
 An diesem Sonntag findet die Einweihung des cand. theol. Daktar Schöpe als Pfarrer von Zinnwald durch Sup. Michael statt.
Sorbas. 2 Uhr Gottesdienst.
Johannsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1 Uhr Unterredung mit den Jünglingen.
Krositz. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Abendgottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.
Pöschendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rabler. Im Anschluss daran Beichte und Abendmahlsfeier: Pastor Vorwerk.
Reichardt. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Abendgottesdienst.
Reinhardtsgrimma. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 Uhr Unterredung mit der konfirmierten weiblichen Jugend.
Ruppendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Abendgottesdienst.
Schladitz. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Abendgottesdienst.
Schleisschen. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Abendgottesdienst.
Schmiedeberg. 1/9 Uhr Abendmahl in der Kirche. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Reichel. 10 Uhr Abendgottesdienst. 1. Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 Uhr Abendgottesdienst in der Schule zu Paulsdorf.
 Dienstag den 8. Februar 1921.
Schmiedeberg. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus.

Baptistengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.)
 Jeden Sonntag Gottesdienst vorm. 1/9 und nachm. 1/4 Uhr.
 Fern 1/11 Uhr Sonntagsschule. — Donnerstags 7 1/2 Uhr abends Bibelstunde.
Spar- und Girokasse Dippoldiswalde.
 Geschäftzeit: Werktags 1/9-1/1 und 2-3 Uhr,
 Sonnabends nur 1/9-1/1 Uhr.

Heute abend frische Würst.
Hugo Sidmann.

Landwirtschaftl. Verein für Dippoldiswalde und Umgeg.
Einladung
 zur Sitzung in Verbindung mit dem landwirtsch. Hausfrauenverein **Mittwoch** den 9. Februar nachmittags 5 Uhr in der **Bahnhofswirtschaft**.
 1. Eingänge und Mitteilungen.
 2. Vortrag der Geschäftsführerin des Verbandes landw. Hausfrauenvereine **Fräulein W. Pfeifer—Dresden** über: „Wie helfen wir uns zur Einführung der Mädchenfortbildungsschule?“
 3. Anwesenheit.
 Um zahlreichem Besuch bittet **d. B.**

Kranken- und Sterbekasse Reinhardtsgrimma und Umgeg.
 Sonntag den 6. Februar nachmittags 3 Uhr
Generalversammlung
 im **Gasthof zum Erbgericht**.
 Vortrag über Einnahme und Ausgabe 1920. Wahl der jagungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder.
Der Vorstand.

Empfehle!
Blumentohl, Rot-, Weiß- und Weißtraut, Rabarbarsen, sämtliche Grün- und Fischwaren.
 Zur Fastnachtsbäckerei frisch eingetroffen:
Palmin.
ff. Tafelmargarine in Würfeln
 zu 11,50 M. bei
Ewald Heimann,
 Markthalle Freiburger Platz.

1 Herrenrad, 1 Damenrad,
 beide mit neuem Gummi, sowie eine gebrauchte
Nähmaschine
 verkauft billigst
Herm. Voigt,
 Dippoldiswalde, Gerber-Platz, Telefon 221.

Häcksel
 empfiehlt
A. Oppelt,
 Dippoldiswalde. Telefon 162.
 5 Seimeter seltene

Klötzer
 von 14 bis 31 cm Oberjt. und 2 Seimeter Breite

Deichselstangen
 hat abgegeben
Frau Clara Schulze, Dusan.

Schirme
Spazierstöcke
 in reichster Auswahl bei
Geist Reichel, am Markt.

22j. Mädchen
 in allen Bucharbeiten und Schreibmaschine vertraut, sucht Stellung als Kontoristin. Offert. unt. „E. S. 18“ an die Geschäftsstelle.

ff. Tafelbirnen,
 2 Pfd.-Dose 7 M.,
ff. Apfelsin,
 2 Pfd.-Dose 7 M.,
1a bayrische Haferflocken,
ff. Fleischsalat
 empfiehlt
Otto Keller,
 Delikatessengeschäft.

Kaninchenstall,
 3 Etagen, 6 Käfer, dergleichen 2 Etagen, 2 Käfer, sowie
3 Hermelin
 zu verkaufen Seifersdorf 471.

Bisttentarten
Buchdruckerei E. Johns

Witwer
 Mitte 40er, wünscht sich wieder glücklich zu verheiraten. Einbeirat in keine Wirtschaft nicht ausgeschlossen. Angebots unter „R. 30“ an die Geschäftsstelle.

Ordentliches, fleißiges Hausmädchen
 nicht unter 16 Jahren für 1. März gesucht.
 Frau Reichshullehrer Weber, Seifersdorf, Schulhaus.

Jüngeres Hausmädchen
 als Zweitmädchen für 1. März gesucht.
 Beschwitz-Dresden, Schiller-Strasse 19.

Guterhaltener Gepard-King
 zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle.

ff. Marmelade,
 M. 3,90,
ff. Pfannkuchen,
 M. 3,90,
Syrup
 — 75 % Zucker — M. 4,50,
Sonig,
 M. 5,—,
frische Tafelmargarine
 M. 11,40,
Leinöl
 — gar. rein — M. 22,—
 pro Pfund empfiehlt
Johannes Semmann
W. Groß's Nachf.,
 Freiburger Straße 234.

Der große Erfolg

den mein

Inventur - Ausverkauf

bis jetzt gezeigt hat, beweist am besten

die enorme Preiswürdigkeit
 der zum Verkauf gelangenden Waren.
 Benutzen Sie bald diese

extra billige Kaufgelegenheit

Otto Bester

Zahn-Praxis
Max Schubert, Markt 76
 Zahnersatz mit und ohne Platte
 Kronen und Brücken
 Plomben, Zahnziehen mit Betäubung
 Ia. Ausführung Mässige Preise
 Behandlung der Mitglieder sämtlicher Krankenkassen

Gasthof „Goldner Tisch“, Reinhardtsgrimma.
 Nächsten Sonntag
Großes Skat-Turnier
 mit Zahlenreizen.
 Anfang 4 Uhr.
 Hierzu sind alle Skatbrüder freundlichst eingeladen.

Turnverein Reinhardtsgrimma
 (eingetr. Verein.)
 Sonntag den 6. Februar im Erbgericht!
Winter-Bergnügen.
 Anfang 6 Uhr.
 Turnistische Vorführungen. Verlosung. Humoristische Vorträge.
 Es wird freundl. gebeten, zur Verlosung ein Geschenk im Werte von nicht unter 1,50 M. mitzubringen. Hauptgewinn: Eine gute Tachenuhr.
 Eine gute Tachenuhr.
 Zu zahlreichem Besuch ladet herzlich ein der Turnrat.

Frauenverein Bärenfels und Umg.
 Sonntag am 6. Februar abends 7 Uhr
Stiftungsfest
 im **Gasthof Bärenfels,**
 verbunden mit musik. Vorträgen, Theater und nachfolgendem Tanz.
 Gänge durch Mitglieder eingeführt.
 : sind herzlich willkommen. :
 Um zahlreichem Besuch bittet der Vorstand.

Herzliche Einladung!
 zum dem am Mittwoch den 9. Februar abends 8 Uhr im Saale der
„Reichstrone“ in Dippoldiswalde stattfindenden
Jugendring-Abend.
 Redner: Fräulein Dr. Lydia Eger und Herr Fritz Albold aus Dresden.
 Die gesamte Jugend von Dippoldiswalde und Umgeg., Eltern und Erzieher sind herzlich eingeladen.
Der Jugendring Dippoldiswalde.
 R. 684, Vorsitzender.

Restaurant „Alte Pforte“.
 Sonnabend und Sonntag
Ausschank
 von **12% igem Bier.**
 Spezialität:
Warmer Schinken mit Kartoffelsalat.
 Es laden freundlichst ein Bruno Wögel und Frau.

Warten Sie unser Inserat ab, bevor Sie sich entschliessen, wo Sie die Fastnachtstage verbringen wollen!;
Haus „Seeblick“
 Paulsdorf.

Gasthof Schmiedeberg
 (Stechbierhalle).
 Sonnabend den 5. Februar von nachmittags 6 Uhr ab und Sonntag den 6. Februar von nachmittags 3 Uhr ab
Preis-Skat-Turnier.
 (Zahlenreizen)
 Einlag 10 M. einschließlich Kartengeld. Spielzimmer: Stechbierhalle und Turmzimmer.
 Hierzu laden alle Skatspieler freundlichst ein
 M. vorw. Schent, Alfred Augst.

Doppelts Gasthof Hödendorf.
Deutsche Volkspartei.
 Sonntag den 6. Februar nachmittags 3 Uhr
Protestversammlung
 gegen das Erdrofflungsverfahren der Entente.
 Redner:
 Regierungsbaumeister Hartwig—Dresden.
 Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter erscheint alle im Massen. Der Einberufen.
Kasino Reinhardtsgrimma u. Umg.
 Sonntag, 6. Februar
Versammlung.
 Anfang 3 Uhr nachm.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet **d. B.**

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 30

Sonnabend den 5. Februar 1921

87. Jahrgang

Wappen und Landesfarben des Staates Thüringen. Dem Landtag hat die thüringische Staatsregierung einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der folgende beide Paragraphen umfaßt: § 1. Das Wappen Thüringens bilden sieben silberne Sterne auf rotem Grund, den Wappenkopf bildet der zur Hälfte aufsteigende Mittelfinger weiß und rot gestreifte Arm. Die Umzeichnung des Wappens wird im Archiv der Landesregierung von Weimar aufbewahrt. § 2. Die Landesfarben sind weiß-rot.

Die deutsche Regierung hat beschlossen, die Republik Vorkriegs anzuerkennen.

Der englische Botschafter d'Uvernon ist in Berlin wieder eingetroffen. Der französische Botschafter Laurent fährt am Sonnabend nach Paris. Seine Abwesenheit wird längere Zeit andauern.

Oberpräsident Hörsing erläßt in seiner Parteipresse eine Erklärung, in der er sich gegenüber dem Vorschlag des Kommunisten Hoffmann, in der Sitzung des Reichstages vom 26. Januar betrunken gewesen zu sein, verweigert.

Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik hat sich für das Verbot der Aborten ausgesprochen.

Im Preussischen Landwirtschaftsministerium sind mehrere mittlere Beamte zu Regierungsräten, in einem Fall zum Oberregierungsrat ernannt worden.

Der Redakteur des Zentrumsblattes „Kochener Volksfreund“, Dr. Heinke, ist von der belgischen Besatzungsbehörde erneut verhaftet worden.

Erzherzog Franz Joseph ist vom Papst in Audienz empfangen worden. Er war vom ungarischen Gesandten begleitet.

Die Budapest Staatsanwaltschaft hat beschlossen, auf Grund der gestiegenen Erhebungen gegen den früheren Ministerpräsidenten Stefan Friedrich die Anklage wegen Anstiftung zur Ermordung des Grafen Tisza zu erheben.

Auf Wunsch des französischen Ministerpräsidenten hat der Minister für öffentliche Arbeiten verfügt, daß zu Ehren der Anwesenheit des Marschalls Pilsudski am 5. Februar in allen Pariser Schulen eine Lehrstunde über Polen erteilt werde.

In Waku hat ein Großfeuer 70 Prozent der Kaffeeplantagen zerstört und einen Schaden von vielen Millionen Rubeln angerichtet.

In den Vereinigten Staaten sind augenblicklich 3 478 000 Arbeiter beschäftigungslos.

Der polenfreundliche Reichsgraf.

Wass Oppersdorf für den Anschluß Oberschlesiens an Polen.

Eine in Oberglogau kürzlich abgehaltene Versammlung, zu der der Reichsgraf von Oppersdorf eine Reihe polenfreundlicher Elemente eingeladen hatte, hat in Oberschlesien und auch im unbesetzten Deutschland berechtigtes Aufsehen erregt. Von der polnischen Presse wurde darüber als von einer „Versammlung der Gemeindevorsteher und führenden Persönlichkeiten“ berichtet.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Kreis Neustadt O.-S. von überwiegend deutscher Bevölkerung bewohnt ist und daß im ganzen nur drei Gemeindevorsteher zu der Versammlung erschienen waren. Der Einberufer, Reichsgraf v. Oppersdorf, dessen Polenfreundlichkeit seit langem bekannt ist, trat in einer jedes Mißverständnis ausschließenden Weise für einen Anschluß Oberschlesiens an Polen ein. Seine Ausführungen erläuterte und unterstützte der Graflich Schiele-Windlersche Generalbevollmächtigte, Regierungsrat a. D. Schapper, der in den schwärzesten Farben die Folgen schilderte, die ein Verlust den Industriebezugs für das übrige Schlesien haben könnte. Aus seinen Darlegungen ging klar hervor, daß er den Anschluß des linken Odersufers an Polen wünschte.

Diesen Ausführungen traten in entschiedener Weise der Graf v. Scherr-Tsch, der Verwaltung des Landratsamts von Oberglogau, und der Plebiszit-Unterkommisсар von Oberglogau, Rechtsanwalt Dr. Marx, entgegen. Die Versammlung antwortete auf die Ausführungen der beiden letztgenannten Herren mit lautem Beifall. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt, und von einem Erfolg dieser rein polnischen Veranstaltung konnte keine Rede sein.

Bestehen bleibt die Tatsache, daß der Reichsgraf von Oppersdorf versucht hat, eine polenfreundliche Stellungnahme der Kreisinsassen vorzutauschen, was ihm jedoch trotz der in der polnischen Presse erschienenen falschen Berichte nicht gelang. Erst drei Tage später versuchte auch der Regierungsassessor a. D. Schapper, die Sache so darzustellen, als ob er mißverstanden worden sei und man aus seiner Rede vollkommen falsche Schlüsse gezogen habe.

Die genossenschaftlichen Kreditverhältnisse.

Wachsendes Kreditbedürfnis der Landwirtschaft. Dem oberflächlichen Betrachter scheint die Lage der genossenschaftlichen Kreditverhältnisse äußerst günstig zu sein, wozu die großen Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen scheinbar berechtigen.

Im Jahre 1912 überstiegen beim Reichsverband die Auszahlungen die Einzahlungen um 34 359 000 Mk. 1914 überstiegen die Einzahlungen die Auszahlungen um 78 850 000 Mk., 1915 um 198 1/2 Millionen Mk., 1916 um 255 Millionen Mk., 1917 um 490 Millionen Mk., 1918 um 741 Millionen Mk. Im Jahre 1919 wurde seitens der Einzelgenossenschaften bei der Zentralförderung eingezahlt 5 359 159 284 Mk., seitens der Einzelgenossenschaften wurden abgehoben 5 115 Millionen Mk.

Wir sehen, daß bei Beginn des Krieges die Einzahlungen die Auszahlungen übertrafen. Das hat folgende Gründe:

Die Landwirte mußten im Kriege ihre Pferde, Rinder und sonstiges Vieh abgeben, ohne die Möglichkeit zu haben, neues zu erwerben. Düngemittel fanden nur in geringem Maße zur Verfügung, so daß wesentliche Ausgaben dafür nicht in Frage kamen. Verfallene Gebäude, abgenutzte Maschinen konnten wegen der allgemeinen Rohstoffknappheit schwer ausgebessert werden. So sammelte sich bei den Bauern ein Papierkapital an, allerdings auf Kosten ihres Betriebskapitals. Man stellte es den Darlehnsklassen zur Verfügung. Dagegen blieben Kreditanforderungen wegen der Verflüssigung des Betriebskapitals zu Papierkapital bei den Landwirten und infolge der steigenden Entwertung des Geldes, die ein Bezahlen der Zinsen leicht ermblichte, zurück. Allerdings stieg die Vermehrung der Einzahlung mit dem Sinken des Geldwertes, ob also eine absolute Zunahme der Einzahlung stattgefunden hat, bleibt dahingestellt. Jedenfalls berechtigt die scheinbar äußerst günstige Lage des genossenschaftlichen Kreditwesens nicht zur Beruhigung für die Zukunft.

Das schon jetzt wieder einsetzende Kreditbedürfnis gibt zu denken. Es ist die natürliche Folge der weiteren Inflation, die bekanntlich seit 1919 in verstärktem Maße einsetzt.

Wußt der Landwirt, um sein Betriebskapital wieder auf den alten Stand zu bringen, oder den Boden für den Ackerbau zu entschädigen, oder die notwendigen Wiederherstellungsarbeiten vornehmen zu lassen, doch ein Vielfaches des Preises bezahlen, was er damals hätte bezahlen müssen, während er doch aus dem Verkauf seiner Erzeugnisse keineswegs so viel erbringen kann. In Anbetracht dieses, mit der Zeit steigenden Kreditbedürfnisses — man denke nur an Kredite für Dünger- und Maschinenbeschaffung — steht man in Genossenschaftskreisen nicht ohne Sorge in die Zukunft. Das wachsende Kreditbedürfnis können die Genossenschaften nur durch Erhöhung ihrer Geschäftstätigkeit und deren Vollerzielung erreichen.

Die amerikanischen Milchkuhe.

Mit dem Dampfer „West Arrow“ trifft in den ersten Februartagen der erste Transport der amerikanischen Milchkuhe — insgesamt 742 — in Bremerhaven bzw. in Bremen ein. Die Viehsendung ist ein Geschenk amerikanischer Farmer, hauptsächlich solcher deutschen Stammes, die sich in der American Dairy Cattle Co. in Chicago ein Organ zur Durchführung ihrer Absicht geschaffen haben, durch Schenkung von Kühen die in Deutschland herrschende Milchnot bekämpfen zu helfen. Die Empfangnahme und Verteilung der amerikanischen Milchkuhe regelt zufolge eines ihm von der Regierung erteilten Auftrages der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe in Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 3, der alle seine Maßnahmen im Einvernehmen mit den an der Auslandshilfe beteiligten deutschen Organisationen, insbesondere dem Deutschen Roten Kreuz, trifft.

Die American Dairy Cattle Co. ist die Nachfolgerin des im Herbst 1919 gegründeten „Vereins zur Mittelfür bei der Versorgung Deutschlands mit amerikanischem Milchvieh nach Erklärung des Friedens“. Ihr vom wärmsten Interesse für Deutschland und seinem Not zugehende Propaganda für die Schenkung von Milchkuhen ist auf dem Lande unter den Farmern hauptsächlich geföhrt worden von der katholischen und evangelischen Geistlichkeit.

Der Erfolg der Sammlung für den ersten Transport war 769 Kühe. Aus diesen Schenkungen wurden die besten Tiere für den ersten Transport ausgewählt. Zu bemerken ist, daß in den großen und starken Umfiedlungen des Ostens, im mittleren Westen und in Nordwesten der Vereinigten Staaten eine Entgegennahme von Vieh noch nicht in die Wege geleitet worden ist. Wenn also die sonstigen Bedingungen weiterer Transporte erfüllt werden können, so könnte aus diesen Gebieten vermutlich noch eine große Menge von Milchkuhen nach Deutschland gebracht werden.

Ueber einen großen Teil dieser Kühe sind in Amerika selbst durch Einzelbestimmungen Verfügungen getroffen worden. Die American Dairy Cattle Co. übermittelte drei Listen, die solche Bestimmungen enthalten. Die erste Liste umfaßt 43 Kühe, Einzelschenkungen an bestimmte Personen oder Anstalten, die von den Spendern selbst angegeben sind. Die zweite Bestimmungsliste, umfassend 45 Kühe, erhält der Vertreter der evangelischen Synode von Nordamerika Dr. Krusius an der Frankfurter Hofstr. 11. Ueber 36 Kühe kann er frei verfügen. Die dritte Liste ist von der American Dairy Cattle Co. selbst aufgestellt und umfaßt 167 Tiere.

Ueber den Rest der Tiere sind die Verfügungen durch den Deutschen Zentral-Ausschuß für die Auslandshilfe getroffen worden, der im Einvernehmen mit den zuständigen Reichs- und Landeszentralbehörden und den ihnen angeschlossenen karitativen und kommunalen Organisationen nach eingehenden Erwägungen einen Verteilungsplan über die Kühe aufgestellt hat.

Von der Gesamtzahl sollen je drei Kühe nach Berlin und nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, je zwei Kühe nach dem Freistaat Sachsen und dem ober-schlesischen Industriebezirk, je ein Zwillingszwanzigstel nach dem Saarbrücker und dem Waldenburger Bezirk kommen. 50 Kühe sind zufolge besonderem Wunsch der Dairco für Wien bestimmt. Nach einer Mitteilung der American Dairy Cattle Co. sollen die Kühe Eigentum der American Dairy Cattle Co. bleiben. Bei den Kühen, die Kommunalverbänden zugehen, hat der Deutsche Zentral-Ausschuß für

die Auslandshilfe bestimmt, daß die Abgabe der Milch nach karitativen Gesichtspunkten zu erfolgen hat.

Mit einem besonderen Dampfer kommt ein größerer Posten Kraftfutter für das Vieh. Es sollen jeder Kuh etwa 300 Kilogramm Kraftfutter (Baumwollsaatmehl) mitgegeben werden.

Die Hoffnung der American Dairy Cattle Co. ist darauf gerichtet, noch weitere Milchkuhtransporte nach Deutschland zu entsenden. Sie hat sich jedoch außerhande erklärt, für die künftigen Transporte die See-Transportkosten, die etwa 66 Dollar pro Kuh betragen, selbst zu bezahlen. Ob es möglich sein wird, diese Kosten von anderer Stelle zu beschaffen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die Ausführung des ersten Transportes erfolgt in verhältnismäßig ungünstiger Jahreszeit. Es steht daher auch noch nicht fest, in welchem Zustande die Tiere in Deutschland ankommen werden und ob die Annahme der American Dairy Cattle Co. gerechtfertigt ist, daß die eintretenden Verluste verschwindend geringe sein werden. Wie immer jedoch auch die Erfahrungen, die mit dem ersten Transport gemacht werden, ausfallen werden, die Dankbarkeit der Reichsregierung und des gesamten deutschen Volkes für die Spende, für dieses Zeichen treuen Gedankens an die alte Heimat, wird immer bestehen bleiben.

Soziales.

Konferenz der christlichen Gewerkschaften Bayerns. Am 29. Januar waren die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften Bayerns zu einer Konferenz in München versammelt. Nach eingehender Beratung wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen: Angesichts der wirtschaftlichen Erdrosselung, der nationalen Schmach und der stillosen Erwartungen, unter deren Druck das deutsche Volk leidet, erkennt die Konferenz die unabwendbare Pflicht, im Sinne des Essener Kongresses der christlichen Gewerkschaften an der politischen Sammlung und Einigung der deutschen christlichen, demokratischen und sozialempfindenden Elemente Bayerns, mit denen im Reiche mit aller Kraft zusammenzuarbeiten. Zur eingehenden Verfolgung dieser Bestrebungen, sowie zur Schaffung einer diesen Gedanken vertretenden Tageszeitung in München bildet die Konferenz eine Kommission, die in einer demnächst einzuberufenden neuen Konferenz über ihre Tätigkeit zu berichten hat.

Am den Acht-Stunden-Tag. Dem deutschen Reichstage ist aus Erfurter Arbeitnehmerkreisen eine Eingabe zugegangen, in der um die Aufhebung des Achtstundentages für Familienväter, die im Interesse ihrer Familie länger arbeiten wollen, gebeten wird.

Gerichtssaal.

Verurteilung von Bandenräubern. In der Verhandlung gegen den 21 Jahre alten Bandenräuber Kaufmann Will Höpner und Genossen vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. M. lautete das Urteil gegen Höpner wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung und Betrug auf fünf Jahre eine Woche Gefängnis, gegen den 20 jährigen Kaufmann Fritz Schörl auf ein Jahr Gefängnis, gegen den 22 jährigen Schauspieler Konrad Weiszwanger auf vier Monate eine Woche Gefängnis. Zwei andere jugendliche Angeklagte wurden freigesprochen. Es handelt sich um die bekannten Verurteilungen bei der Pfälzischen Bank bei der Höpner angeklagt war.

Verurteilte Falschmünzer. Wegen verübten Münzverbrechens verurteilte das Schwurgericht in Frankfurt a. M. den Schuhmacher Eduard Fritz und den Photographen Karl Kuntzler zu je 1 Jahr, den Eisenbahn-Bureauangestellten Friedrich Martin Köll zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und den mit 8 Jahren Buchhaus schon vorbestrauten Waler Artur Gerhardt zu 2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Sie hatten in der Werkstätte von Fritz 50 Markstücke anfertigen wollen. — In Berlin an der Aller wurde eine Falschmünzwerkstätte ausgedehnt und fünf Personen verhaftet, welche 50 Markstücke in großer Anzahl angefertigt und in den Verkehr gebracht haben.

Locales.

Erhöhung der Wehrtaun. Auf Anordnung des Reichsernährungsministers kommen ab 16. Februar 1921 statt wie bisher 600 Gramm — 800 Gramm an Auslandsgroßgetreide im Inlande hergestelltes Weizenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotkarte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für Kommunalverbände beträgt 7,50 Mk., entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Sport und Verkehr.

Ein neues Riesenschiff in England. Die Engländer vollendeten den Bau des Luftschiffes „R. 36“. Es ist noch größer, als der kürzlich fertige „R. 35“ und hat auch Schlafkabinen für Passagiere. Das Luftschiff soll demnächst eine Reise nach Ägypten antreten.

Aus Stadt und Land.

Erneute Beschlagnahme eines polnischen Waffentransportes. Wie von interalliiertem Seite mitgeteilt wurde, wurde am Sonntagabend auf dem Weitzenberger nach Weitzen bahnlagern gefaßt wurde. Angehört sollte der Wagon Schmalz, Soda, Salz, Kaffee

... und Marmelade enthalten. Eine nähere Untersuchung ergab, daß in den Marmeladebücheln, Schmalzpfannen und Soda- und Seifenlappen Wassen und Metallion verborgen waren, und zwar 8 Maschinengewehre, 460 Infanteriegewehre, 100 000 Infanteriegeschosse, 2500 Handgranaten, 360 Bomben mit Giftgasen. Wer für den Waffentransport verantwortlich zu machen ist, steht zurzeit noch nicht fest.

Fabrikationsespionage in Württemberg. Verschiedene Personen versuchten ein Fabrikationsgeheimnis der Pulverfabrik Kottweil an das Ausland zu verkaufen. Gegen die Betroffenen ist Haftbefehl erlassen worden. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt übergeben.

Aushebung einer Eisenbahndiebstahlgesellschaft. Der Leipziger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine große Eisenbahndiebstahlgesellschaft unschädlich zu machen, die auf dem Magdeburger-Thüringer Bahnhof Bahngüter in großen Mengen stahl. Der Schaden wird wahrscheinlich in die Hunderttausende gehen. Es sind bisher vierzehn Hauptbeteiligte der Staatsanwaltschaft übergeben.

Unterschlagungen in einer Irrenanstalt. In der Landesirrenanstalt in Blantzenhain ist man riesenhafte Unterschlagungen auf die Spur gekommen. An der Spitze der Betrüger steht eine seit 30 Jahren im Dienst befindliche Oberwärtlerin. Wie in einem Warenhaus türmen sich die veruntreuten Gegenstände auf. Aus den Diebstahlsfällen wurden die Waren wogenweise nach der Sammelstelle in die Heilanstalt gebracht. Die Oberwärtlerin und eine andere Wärtlerin haben versucht, sich mit Sublimat zu vergiften. Die Oberwärtlerin konnte verhaftet werden, während die Wärtlerin an den Folgen der Vergiftung bedenklich daniederliegt.

Schlafkrankheit im besetzten Gebiet. An verschiedenen Orten im Rheinland und in der Pfalz sind in der letzten Zeit mehrere Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. So sind in St. Ingbert, in Saarbrücken und anderen Orten verschiedene Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen. Es wird vermutet, daß die afrikanischen Truppen der Franzosen die Krankheit nach Deutschland eingeschleppt haben.

Der Milchstreik in der Westpfalz. Seit einiger Tagen herrscht in der Westpfalz ein Milchstreik, durch den die Milchlieferung der Stadt Birmafers stark gefährdet ist. Der Stadtrat von Birmafers richtet ein Telegramm an die Kreisregierung zwecks energischer Vorgehens gegen die Streikenden. Von den Streikenden werden auf der Landstraße die Milchsammler angehalten und die Milchkannen in Straßengräben entleert. Überall sind berittene Milchstreikposten zu sehen. Mehr als fünfhundert Liter fehlen am Montag wiederum in Kaiserslautern. Im Bezirk Zweibrücken sind vorderpfälzische Gendarmen eingetroffen und auf die Vordörfer verteilt worden.

Landungsverbot für deutsche Auswanderer. Am Sonntag kam der brasilianische Dampfer „Curvillia“ auf der Reise von Hamburg nach Brasilien im Hafen von Antwerpen an. An Bord befanden sich viele deutsche Auswanderer, welche bei der Einfahrt in den Hafen „Die Nacht am Rhein“ sangen. Dies führte zu Zwischenfällen. Das Schiff mußte von der Polizei bewacht werden, die den deutschen Passagieren das Singen verbot. Auch wurde ihnen nicht gestattet, an Land zu gehen.

Wider Streit in den Farbwerken Levertusen. In den bekannten Farbwerken vorm. Bayer u. Co. in Levertusen bei Köln ist seit dem 29. Januar ein widerstreit ausgebrochen. Alle Betriebe, einschließlich der lebenswichtigen und der für die Gesamtproduktion grundlegenden Schwefelsäurefabriken, liegen still. Grund des Ausstandes ist die tarifwidrige und technisch unmögliche Forderung der tariflosen Durchführung der 48-Stundenwoche auch bei abgeleiteten notwendigen Überstunden und die Entlassung eines Arbeiters wegen unbesugten Verlassens der Arbeit zwecks Abfeiern von Überstunden. Der Schaden ist sehr groß. Eine Aufnahme des Betriebes im bisherigen Umfang ist dadurch für längere Zeit unmöglich geworden. Auch Gewalttätigkeiten sind vorgekommen.

Ein polnischer Plebiszitkommissar wegen Mordankündigung verhaftet. Der polnische Plebiszitkommissar Konigaj in Levetz wurde wegen Mordankündigung und Gewalttaten beim letzten Putsch verhaftet. Sein Vorgänger, der sich als alter Juchthausler entpuppte, ist dieser Tage wegen Unterschlagung von 20 000 Mark verhaftet worden.

Die Tümgemittelschiebungen an der holländischen Grenze. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung verwarf sich dagegen, daß die Militionenschiebungen an der holländischen Grenze durch bestochene Angehörige eines Antisemitischen Komitees waren. Die Schwindler hätten mit gefälschten Bewilligungen gearbeitet und für deren Erlangung die 350 000 Mark ausgegeben.

Aushebung eines Berliner Spielclubs. Eine Spielergesellschaft von nahezu 800 Personen wurde Dienstag Nacht in Schönberg durch Polizeibeamte überrascht und ausgehoben. Eine sogenannte „Gesellige Vereinigung“ hatte dort zu einem Spielabend eingeladen, dessen Ergebnisse der Kinderhilfe zuzuflehen sollten. Die Einladungen enthielten außerdem den Vermerk, daß diese Spielabend polizeilich genehmigt sei. Als gegen 1 Uhr nachts die Spielräume überfüllt waren, erschien plötzlich die Polizei und zwang die Spieler mit schußbereiten Revolvern, Geld und Karten liegen zu lassen, so daß alles beschlagnahmt werden konnte. Von den Anwesenden den wurden zehn verdächtige Personen verhaftet.

Die Landwirtschaft gegen die Hafer-Zwangsumlage.

Das Bekanntwerden des Beschlusses der Reichsregierung, eine Haferzwangsumlage einzuführen, hat in allen Kreisen des Reiches Sturm der Entrüstung hervorgerufen und schärften Widerspruch ausgelöst. Das ist erklärlich. Durch die Freigabe des Hafers im Wirtschaftsjahr 1919/20 mußten die Landwirte unbedingt auf die Freilassung dieser Frucht in dem jetzt laufenden Wirtschaftsjahr rechnen. Durch die erneute Freilassung in die öffentliche Wirtschaft wurden sie bis

ter enttäuscht, gaben sich aber mit der durch die Reichsgetreideordnung für 1920/21 zugesicherten freien Verfügung in der eigenen Wirtschaft im allgemeinen zufrieden. Die jetzt angeordnete Haferzwangsumlage raub den Landwirten erneut jedes Vertrauen zu der Suberläufigkeit und Stetigkeit von Regierungsverordnungen.

Aber ganz abgesehen davon, daß mit diesem Vorgehen der Reichsstellen die Zwangswirtschaft wieder in verschärfter Form ausgerichtet wird, ist auch der Erfolg der angeordneten Maßnahmen angesichts des schon weit vorgeschrittenen Wirtschaftsjahres stark in Zweifel zu ziehen. Ein Erfolg der Umlage ist nur möglich, wenn sie feststeht, ehe die Verwertung der Ernte begonnen hat. Die Gründe für den Mißerfolg der Umlage im vergangenen Jahre lagen in der willkürlichen Durchführung der Regierungsanordnungen durch die nachgeordneten Behörden. Man hatte für 1919 die Umlage nur nach der Fläche gewählt und bestimmt, im allgemeinen über eine Leistung von zwei Zentnern für den Morgen nicht hinauszugehen. Statt einer sachverständigen Verteilung auf Grund dieser Vorschriften wurde durch unsachverständige behördliche Bestimmungen die Willkür für und Tor geöffnet, so daß statt der angeordneten zwei Zentner häufig bis zu fünf Zentnern und noch mehr pro Morgen umgelegt wurden oder der Versuch zur Umlage gemacht wurde.

Bei der jetzigen Umlage dürften die Schwierigkeiten erheblich größer sein, trotzdem diesmal nicht lediglich nach der Fläche umgelegt werden soll, sondern der Ertrag der Ernte, der Viehstand und überhaupt die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse bei Festlegung der Höhe der Umlage berücksichtigt werden sollen. Die Hauptschwierigkeit der Durchführung des Verfahrens liegt jetzt darin, daß die Landwirte einen großen Teil ihres Hafers bereits veräußert haben, auch wegen des überaus schweren Auftretens der Maul- und Klauenseuche veräußerten mußten, und vor allem darin, daß sie ihre ganze Wirtschaftsweise auf die freie Verfügung ihrer diesjährigen Haferernte eingestellt haben. Die Saat- und Futterdisposition jedes Landwirts wird also durch diesen neuen Eingriff einfach umgestoßen. Auch erscheint es ein durchaus unbilliges Verlangen, daß die Landwirte ihren guten Hafer zu Spottpreisen hergeben sollen, während sie für minderwertige Futtermittel das Doppelte und Mehrfache zahlen müssen. Hand der Hafer früher in der Hauptsache zur Pferdefütterung Verwendung, so muß er heute auch noch in erheblichem Umfang als Ersatzmittel für andere Futtermittel, insbesondere auch für die beschlagnahmten Gerste dienen.

Die Möglichkeit der Herausholung von Haferbeständen kann daher nur darin liegen, daß an Stelle von Hafer den Landwirten verbilligter Mais in reichlichen Mengen auf Grund des Nährstoffgehaltes im Vergleich zum Nährstoff und Preis des Hafers zur Verfügung gestellt wird. Ein Verfahren, das den Landwirten seit längerer Zeit versprochen, aber aus unbegreiflichen Gründen bis heute noch nicht ausgeführt ist.

Aus all diesen Erwägungen fordert z. B. der Reichs-Landbund, daß die verordnete Zwangsumlage für Hafer alsbald wieder aufgehoben wird, um so mehr, als gerade diese Zwangsumlage besonders produktionshemmend wirkt. Nicht unerwähnt kann dabei bleiben, daß es durch diese Verordnung außerordentlich schwer gemacht wird, die Ausfuhrleistung für die Abfuhr von Brotgetreide mit Erfolg fortzusetzen.

Eine Möglichkeit unserer Getreidewirtschaft 1921.

Während die Zwangswirtschaft unsere Getreidewirtschaft dauernd zurückgehen ließ, hat die Freigabe der Wirtschaft bei Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Fleisch und anderen Erzeugnissen eine sehr erhebliche Produktionssteigerung zur Folge gehabt. Es ist dabei nicht eben verwunderlich, daß in der Landwirtschaft Stimmen laut werden, die die unverzügliche Freigabe des Brotgetreides fordern. Das gibt zu denken. Zunächst würde das Herausschnellen der freien Getreidepreise auf die Weltmarkthöhe eine ganz wesentliche Erhöhung der jetzigen Zwangspreise zur Folge haben. Die hierdurch heraufbeschworene Krise ließe sich vielleicht noch ertragen, wenn es bei ihrer Überwindung kein Bewenden hätte. Ein Ende der großen Schwankungen der Welt und der gesamten internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist zurzeit jedoch noch in keiner Weise abzusehen, sodas eine Angleichung der Getreidepreise an die Weltmarktpreise die Landwirtschaft vorläufig noch den Weltmarktschwankungen preisgeben würde. Die Landwirtschaft ist an sich schon in viel höherem Maße wie jeder andere Gewerbebezirk unvorhergesehenen Einflüssen (Witterung, Seuchen usw.) ausgesetzt. Kämen die Weltmarktschwankungen hinzu, so hätte der Bauer bei der Feldbestellung überhaupt keine Reaktionsmöglichkeit mehr, wie er seine Ernte verwerten kann. Die Verhältnisse liegen also so, daß eine beschränkte Zwangswirtschaft landwirtschaftlicher Erzeugnisse beibehalten werden muß, bis sich der Weltmarkt einigermaßen beruhigt hat.

In der bisherigen Form ist die produktionsmordende Zwangswirtschaft freilich unmöglich. Sie muß auf das Maß des unbedingt Unvermeidlichen zurückgeführt werden in der Art, daß nur der Bedarf der Großstädte und der Industriebevölkerung durch öffentliche Wirtschaft ausgedeckt wird, wofür sachmännliche Kreise das Umlageverfahren fordern. Es ist eine teilweise Bewirtschaftung unserer Getreideerträge in der Weise, daß der Landwirt von jedem Morgen seiner Getreideanbaufläche einen bestimmten Prozentsatz der Ernte, gleichviel ob Weizen, Roggen, Gerste oder Hafer abzulefern hat, während ihm der Rest zur freien Verfügung verbleibt. Sollte der Landwirt den ihm aufgegebenen Prozentsatz seiner Getreideernte nicht abzulefern vermögen, so würde nach den neuesten Vorschlägen der Reichsregierung auf seine Kosten von reichsweit im Auslande angekauft werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß hierin ein sehr empfindlicher Druck auf häusliche und volle Erfüllung der Abfuhrungsverpflichtung durch die Landwirte zu sehen wäre.

Sandere Bienenarten liefert Carl Schue.

Mais für abgeliefertes Brotgetreide.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 27. Januar 1921 wurde der Ergänzungsetat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für das Rechnungsjahr 1920 verabschiedet. Der Reichsminister hatte hierin erhebliche Mittel zur Verbilligung von Auslandsmais und Auslandsgetreide für die Brotversorgung gefordert. Der Hauptausschuss nahm darüber folgende Entschliessung an:

Der Mais ist im Austausch gegen Getreide an die Erzeuger im Verhältnis von 1 Zentner Getreide gegen bis anderthalb Zentner Mais zu liefern unter entsprechender Berücksichtigung der Kleinere und wieder größeren Wirtschaften sowie im Austausch gegen Schlachtschweine unter entsprechender Berücksichtigung des Preisverhältnisses.

Sollte dieser Beschluß nach Zustimmung des Reichsrates Gesetzkraft erlangen, so steht zu hoffen, daß die Abfuhr von Brotgetreide eine wesentliche Steigerung erfährt. Die hierzu angewandten Zwangsmassnahmen haben bislang völlig verfehlt.

Reichsgräfin Gisela.

Die offene geräuschlos eine Tür und ließ den Lampenlicht in den dunkeln Raum fallen. „Da liegt sie — mein Reichthümchen“, flüsterte sie, wie bebte und schmolz diese kräftige Stimme in welcher Härlichkeit! — „Was nur das liebe kleine Ding morgen sagen wird, wenn sie ihre liebe Gräfin im Pfarrhause sieht“, meinte sie leise in sich hineinsehend. Das blonde Köpfchen des Kindes ruhte im süßen, tiefen Schlaf auf dem Kissen, und die langen Böbse fielen auf den Betrand hinab. Eine himmlische Ruhe überkam das junge Mädchen in diesem Hause. Eben noch mit Grausen in den plötzlich geöffneten Abgrund der Verworfenheit blickend, aber den sie blinden Auges so lange hingewandelt war, erschien ihr diese Häuslichkeit wie ein Tempel, ruhend auf den Säulen wahrer Tugend und durchweht von echt gottseligem Frieden.

32. Kapitel. Während die junge Reichsgräfin Sturm das weiße Schloß und den aristokratischen Boden für immer verließ, ging der Minister in seinem Arbeitszimmer auf und ab — es sah aus, als zermarterte der Mann sein Gehirn nach einem einzigen, klaren Gedanken. Das Haar, das sonst einen glatten Bogen über der Stirn beschrieb, fiel jetzt durcheinander — die Hand fuhr dann und wann gegen die Gewohnheit des eine tadellose Außenseite streng festhaltenden Diplomaten, in grimmiger Hast durch die perflämten graueprenten Strähne. Und mit jeder vorüberrollenden Viertelstunde, welche die Uhr mit seinem silbernen Klang unerbitlich häßlich anzeigte, verdoppelten sich die Schritte des Auf- und Abwandernden, bis er plötzlich, wie mittelst eines gewaltigen Rudes, halb atemlos vor dem Tischchen stehen blieb und mit hastigen, unsicher tapenden Händen den Kasten ausschloß. Er sah nicht hinein in das kleine, elegant ausgestattete Bierschloß — seine Augen irrten über den türkischen Fenstervorhang, wie wenn sie die orangefelben Arabesken zählen müßten, während seine Rechte einen Gegenstand ergriff und in die Brusttasche gleiten ließ.

Er schloß die Tür leise und glitt auf den Behen durch mehrere anstehende Zimmer. Vor dem Gemach seiner Gemahlin blieb er stehen und drückte das Ohr an die Türspalte — leise Klänge drangen heraus. Jetzt kam die namenlose Verzweiflung, die er bisher noch niedergedrückt und verbissen hatte, zum Ausbruch und packte und schüttelte den lauchenden Mann. — Die Frau, die da drin so schmerzlich weinte, war sein Abgott, das einzige Wesen, das er geliebt, und das ihn, den alternden Mann, noch jetzt mit ungemindertem gläubender Leidenschaft erfüllte.

Bis zur Unkenntlichkeit entstellte in seiner Erscheinung, brühte er geräuschlos die Tür auf und blieb auf der Schwelle stehen.

Da lag die schöne Altania auf ein Ruhebett hingestreckt. Sie hatte das Gesicht tief in die Kissen eingewöhnt, über Busen und Rücken wogte das entfesselte, nachtschwarze Haar, und die weißen, bis an die Schultern entblößten Arme hingen wie leblos über die atlasgepolsterte Lehne des Ruhebetts hinab — nur die kleinen Hände hatten offenbar nichts von ihrer Energie eingebüßt; sie standen auf dem zu Boden geschleuderten brillantenen Fuchsenkranz und schienen ihn in Atome zerkerten zu wollen.

„Jutta!“ rief der Minister. Bei diesen markerschlatternden Lauten fuhr sie empor, wie von der Tarantel gestochen. Mit einer wilden Gebärde schüttelte sie das niederstuhende Haar aus dem Gesicht und stand plötzlich auf ihren Füßen — das Bild einer entseffelten Furie.

„Was willst du bei mir!“ schrie sie auf. „Ich kenne dich nicht! Ich habe nichts mit dir zu schaffen!“ Sie deutete nach der Richtung des Salons, wo sie den Fürsten wußte, und stieß ein grauenhaftes Gelächter aus. „Ja, ja, die Hände haben Ohren gehabt, mein Herr Diplomat, und ich genieße das Vorrecht, das große Staatsgeheimnis um einige Stunden früher zu wissen, als das staunende Publikum! ... Die Hölle kann ihre Qualen nicht raffinierter erfinden, als ich sie dort drüben, hinter der Tür durchschlitten habe!“ Ihre Mundwinkel bogen sich in vernichtendem Grinsen niederwärts. „Erzählens, es war mir sehr überraschend zu hören, daß Sie das Fürstentum so reizend gekauft haben! ... Und da liegt die Herrlichkeit! — Sie stieß mit dem Fuße verächtlich nach dem Fuchsenkranz. — „mit der Sie „Ihren Abgott“ zu schmücken beliebten.“ Die kleinen Hände der halb wahnwitzigen Frau wühlten in den Haarmassen, die von den Schläfen niederfielen.

Der Minister ging schwankenden Schrittes auf sie zu — sie stieß und stieß mit den Händen nach ihm.

(Fortsetzung folgt)

Volksbibliothek Dippoldiswalde
geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 12-18 Uhr